

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Samstag und Sonntag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei Jahres-Zuführung im Voraus 12 Mark, bei halbjähriger Zahlung 6 Mark, bei vierteljährlicher Zahlung 3 Mark. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Monats für den nächsten Monat zu bestellen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13. Verlagspreis: 10 Pfg. Druckerei: Wilm. Norden 2893 und 2896.

Inserate kosten 10 Pfg. pro Zeile pro Tag. Die erste Zeile kostet 15 Pfg. Die zweite Zeile 10 Pfg. Die dritte Zeile 8 Pfg. Die vierte Zeile 7 Pfg. Die fünfte Zeile 6 Pfg. Die sechste Zeile 5 Pfg. Die siebte Zeile 4 Pfg. Die achte Zeile 3 Pfg. Die neunte Zeile 2 Pfg. Die zehnte Zeile 1 Pfg. Die elfte Zeile 1 Pfg. Die zwölfte Zeile 1 Pfg. Die dreizehnte Zeile 1 Pfg. Die vierzehnte Zeile 1 Pfg. Die fünfzehnte Zeile 1 Pfg. Die sechzehnte Zeile 1 Pfg. Die siebenzehnte Zeile 1 Pfg. Die achtzehnte Zeile 1 Pfg. Die neunzehnte Zeile 1 Pfg. Die zwanzigste Zeile 1 Pfg. Die einundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundzwanzigste Zeile 1 Pfg. Die dreißigste Zeile 1 Pfg. Die einunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die zweiunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die dreiunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die vierunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die fünfunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die sechsunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die siebenunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die achtunddreißigste Zeile 1 Pfg. Die neununddreißigste Zeile 1 Pfg. Die vierzigste Zeile 1 Pfg. Die einundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundvierzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfzigste Zeile 1 Pfg. Die einundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundfünfzigste Zeile 1 Pfg. Die sechzigste Zeile 1 Pfg. Die einundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundsechzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenzigste Zeile 1 Pfg. Die einundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundsiebzigste Zeile 1 Pfg. Die achtzigste Zeile 1 Pfg. Die einundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundachtzigste Zeile 1 Pfg. Die neunzigste Zeile 1 Pfg. Die einundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die zweiundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die dreiundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die vierundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die fünfundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die sechsundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die siebenundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die achtundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die neunundneunzigste Zeile 1 Pfg. Die hundertste Zeile 1 Pfg.



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 8. Februar 1919

Nummer 69

Die Abdankung des Zentralrats.

Schaufelpolitik.

Der Zentralrat veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen den, auch von uns erhobenen Vorwurf wehrt, er habe durch seine Kundgebung an die Nationalversammlung Verrat an den A- und S-Räten geübt. In seiner Verteidigung beruft er sich auf den Antrag Lüdemann, der von der Mehrheit des Rätekongresses angenommen wurde und der folgendermaßen lautet:

Der Reichskongress der A- und S-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.

Der Kongress bestellt ferner einen Zentralrat der A- und S-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und preussischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch der Volksbeauftragten Preussens.

Hierzu bemerkt der Zentralrat:

Die endgültige Regelung der Regierungsgewalt und selbstverständlich auch der diese kontrollierenden Körperschaften ist Sache der Nationalversammlung geworden. Diesen klaren Sinn des Beschlusses des Rätekongresses wird niemand verfälschen können. Die A- und S-Räte Deutschlands werden gewiß die von der demokratischen Geist diktierte Haltung ihrer Zentralinstanz, die in der Nationalversammlung die wahre Vertretung des ganzen deutschen Volkes anerkennt, in übergrößer Reueheit billigen.

Diese Schlussfolgerung des Zentralrats ist durchaus willkürlich. In dem der Rätekongress bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten übertrug, begab er sich damit keineswegs des Rechts, an der Regelung der politischen Machtfrage durch die Nationalversammlung mitzuwirken. Der Zentralrat jedoch gibt nicht nur dieses Recht preis, er verrät nicht nur die Interessen der A- und S-Räte, er unterstellt den letzteren sogar, daß sie selbst nichts anderes wollten und wollen, als sich zu Gunsten der Nationalversammlung zu kasstrieren und demütig vor der Weimarer Versammlung abzutreten. Von diesem Geist des politischen Kasstratentums ist auch der Schluß der Kundgebung des Zentralrats erfüllt, der sich mit der Frage der Einberufung des zweiten Rätekongresses befaßt. Dieser Teil der Kundgebung lautet:

Die zentralen politischen Aufgaben, die der Zentralrat im Namen der A- und S-Räte in allen Reichsangelegenheiten zu erfüllen hätte, sind nunmehr an die Nationalversammlung des Deutschen Volkes übergegangen, deren Wahl der Rätekongress selber beschlossen hat. Damit ist die Tätigkeit der A- und S-Räte in den Bundesländern, die nicht Reichsangelegenheiten sind, noch kein Ende gesetzt. Des Ende tritt vielmehr erst dann ein, sobald die neue Regelung der hier in Betracht kommenden Dinge durch die Nationalversammlung oder die betreffende Landesversammlung erfolgt ist. Wie denn auch der Zentralrat selber seine bisherige Tätigkeit in allen den preussischen Staat betreffenden Angelegenheiten bis zur Neuordnung durch die Nationalversammlung oder die Preussische Landesversammlung fortsetzt.

Außerdem aber gibt es noch wichtige wirtschaftliche Aufgaben für die Arbeiterräte. Sich mit diesen zu befassen, und die fernere wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterräte in wirksamer Weise vorbereiten und gestalten zu helfen, könnte allerdings die Aufgabe eines zweiten Rätekongresses sein. Gegen dessen Einberufung hat der Zentralrat selbstverständlich grundsätzlich nichts einzuwenden, er wird im Gegenteil sobald wie möglich zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Wifo: „grundsätzlich“ hat der Zentralrat gegen die Einberufung eines neuen Räte-Kongresses nichts einzuwenden. Dieses gnädige Zugeständnis bedeutet zwar wenig, aber immerhin etwas. Hoffentlich kommt aus den noch lärmenden „Erwägungen“ über diese Frage recht bald etwas Positives heraus. Wer aber berechtigt den Zentralrat, der nur ein ausführliches Organ des Rätekongresses ist, schon jetzt seinen Tätigkeitskreis auf „wirtschaftliche Aufgaben“ zu reduzieren? Eine solche Einkürzung ihrer Lebens-

funktionen werden sich die A- und S-Räte ebenso wenig gefallen lassen, wie die willkürliche Auslegung der Beschlüsse des ersten Rätekongresses.

Sigung des Zentralrats.

Ueber die Frage der Einberufung eines 2. Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte fand im Zentralrat eine vorläufige Erörterung statt, die in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Eine Reihe von Beschwerden fand Erledigung. Demnächst soll die Frage der Organisation und der Neuordnung der freiwilligen Truppen in ihrer einheitlichen Gestaltung mit den zuständigen Stellen besprochen werden.

Deutsches Hilfsgebet an die Entente.

Berlin, 7. Februar. Ueber die Lage in den baltischen Provinzen und die damit im Zusammenhang stehende Besämpfung des Bolschewismus wurde in Spaan am 6. 2. folgende Note übergeben:

Die Lage der in den baltischen Provinzen des ehemaligen russischen Reiches gegen die Bolschewisten kämpfenden freiwilligen deutschen und baltischen Truppen hat sich weiter verschlechtert: die Hafenstadt Windau (nördlich Libau) ist nach hier vorliegenden Nachrichten von bolschewistischen Truppen besetzt worden. Gelingt es nicht, die bolschewistische russische Welle bald zum Stehen zu bringen, so brandet sie über die Grenzen nach Deutschland hinein.

Die Alliierten haben zu wiederholten Malen von Deutschland die Wiederbesämpfung des Bolschewismus gefordert. Dies ist aber nur möglich, wenn den deutschen Truppen alle erforderliche Unterstützung zuteil wird. Hierzu gehört, daß in gewissen Umfange von See aus Schutz für die Häfen und unter Umständen auch für Transporte gewährleistet wird. Angesichts dieser Lage ist mehrfach über Admiral Browning der Antrag gestellt worden, einige Kriegsschiffe, die infolge des Artikels XXIII des Waffenstillstandsvertrages abzurufen müssen, wieder auslösen und in Dienst stellen zu dürfen, um in Libau geringe Streikkräfte ständig stationieren zu können. Diese Anträge sind bisher abgelehnt worden.

Infolgedessen wird nunmehr der Oberste Kriegsrat der Alliierten gebeten, anzuordnen, daß alliierte Seestreitkräfte ständig Aufenthalt in Libau nehmen und gegebenenfalls zum Schutz der Küstenplätze gegen bolschewistische Angriffe mit dem Wasser eingreifen, oder von dem bisherigen, durch Admiral Browning übermittelten Standpunkt abzugehen, und die Indienststellung geringer deutscher Seestreitkräfte zuzulassen. Es werden zunächst ein Kreuzer und vier Zerstörer genügen.

Wiederholt ist seitens des alliierten Oberkommandos der deutschen Regierung und der deutschen Obersten Seeresleitung der Vorwurf gemacht worden, Deutschland bekämpfe den Bolschewismus nicht, sondern fördere ihn sogar. Diese Vorwürfe sind stets als nicht den Tatsachen entsprechend energisch zurückgewiesen worden. Der Kampf der deutschen Truppen in den baltischen Ländern erbringt den Beweis für die deutsche Haltung. Durch eine den deutschen Vorschlägen zustimmende Entscheidung würde das alliierte Oberkommando zeigen, daß es den Abwehrkampf, den Deutschland im eigenen und im Interesse der Welt gegen den Bolschewismus führt, praktisch zu unterstützen gewillt ist.

Verwirklichung der Konferenz auf den Pringen-Inseln.

Wien, 7. Februar. Nach Meldungen aus Paris wird in unterzeichneten Kreisen mit dem Zustandekommen der Konferenz auf den Pringen-Inseln einstweilen gerechnet, da die hauptsächlichsten Bedenken durch die prinzipielle Bereitwilligkeit der Sowjet-Regierung gegenstandslos geworden sind. Den Kernpunkt der ganzen Frage bildet der Vorschlag der Alliierten, der konstituierenden Nationalversammlung die Entscheidung über die künftige Regierungsform in Rußland zu überlassen. Das Interesse an der Wiederkehr normaler Zustände in Rußland ist bei den Alliierten so groß, daß sie bereit sind, beträchtliche Opfer in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht zu bringen.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Hege gegen die Arbeitslosen wird von Tag zu Tag größer. In Groß-Berlin soll es gegenwärtig etwa 230 000 Arbeitslose geben. Wenn auch diese Zahl wesentlich größer ist als die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen, so ist trotzdem sicher, daß die Unterhaltung der Arbeitslosen Millionen verschlingt, die auszubringen dem verarmten Staat sehr schwer fällt.

Das erregt nun die Wut des Bürgertums. Von der bürgerlichen Presse und sogar von manchen rechtssozialistischen Parteien die Hege gegen die Arbeitslosen gegen den Sozialismus auszunutzen. Sie beschimpfen die Arbeitslosen als Arbeitslose, die deshalb nicht arbeiten, weil es bequemer und angenehmer sei, müßig zu geben und von der Unterhaltung zu leben. Das sei aber die Schuld der Sozialdemokratie, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt habe und nun die Verantwortung trage, daß das Wirtschaftsleben ins Stocken geraten sei.

Das ist eine der Lügen, die das wieder selbstbewußt gewordene Bürgertum erfunden hat, um der Arbeiterklasse die Verantwortung für den ungeheuren Zusammenbruch des Wirtschaftslebens durch den Krieg aufzubürden. Gewiß gibt es Arbeiter, die in vier langen Kriegsjahren der Arbeit entwandt, jeht den Weg zu ihr nicht leicht finden. Aber ist es Schuld des Arbeiters, daß er durch das Kriegshandwerk die regelmäßige Arbeit verlernt hat und nun nicht sofort wieder die stützende Kraft und den festen Willen zu ihr findet? Aber der Krieg hat viele Arbeiter nicht nur moralisch ruiniert, sondern sie auch körperlich vereselt. Darunter leiden auch die Dabeimgebliebenen. So wenig die Gesellschaft Millionen Menschen für Jahre der Arbeit entziehen kann, ohne daß ihre Arbeitsfähigkeit Einbuße erleidet, so wenig bleibt jahrelanger Nahrungsmangel und Unterernährung ohne Folgen auf die Arbeitsfähigkeit. Wenn es heute mehr Arbeitsscheue gibt als vor dem Kriege, so ist das durchaus ebenso eine Wirkung des Krieges wie die moralische und sittliche Einbuße, die das gesamte deutsche Volk durch den Krieg erlitten hat. Wer den Krieg erlebte und ihn vier Jahre lang verberrlicht hat, ja wer ihn sogar jetzt wieder im Innern und nach außen aufleben lassen möchte, hat kein Recht, seine Folgen zu beklagen.

Aber es ist nichts anderes als eine bewußte Verleumdung, daß die Arbeitslosen insgesamt „Arbeitscheue“ sind. Die wirklich Arbeitsscheuen bilden nur einen winzigen Bruchteil des großen Heeres der Arbeitslosen. Viel größer ist die Zahl derer, die im Kriege ihren Beruf ändern mußten. Sie gingen damals in die Kriegsindustrie, aus der sie jetzt entlassen wurden, ohne in ihren früheren Beruf zurückgehen zu können. Der Krieg, die Abwertung Deutschlands von allen Rohstoffzufuhren, der wirtschaftliche Zusammenbruch überhaupt haben eine Verschiebung des Bedarfs an Arbeitskräften hervorgerufen, der sich auch durch den besten Arbeitsnachweis nicht in kurzer Zeit beseitigen läßt und dem sich auch die Arbeiter nicht in kurzer Zeit anpassen können. Gelernte und ungelernete Arbeiter haben gegenwärtig nicht die geringste Möglichkeit, Beschäftigung zu erlangen. Bedarf ist nur an Landarbeitern und Verzeuten.

Die Arbeitskräfte haben sich während des Krieges in den Industriezentren zusammengeballt. Jetzt herrscht hier newaltiger Ueberfluß an Arbeitskräften, während sie in der Landwirtschaft fehlen, wo vor dem Kriege ausländische Wanderarbeiter und während des Krieges Kriegsgefangene den Betrieb aufrecht erhielten. So sehr man also auch dem einzelnen Arbeitslosen raten muß, eine sich ihm bietende angemessene Arbeitsgelegenheit, auch außerhalb seines Wohnortes, anzunehmen, für die Masse der Arbeitslosen ist diese Möglichkeit nicht gegeben.

Für sie besteht keine Aussicht, Arbeit zu finden, auch wenn sie, durch Arbeitslust und Arbeitsfreude getrieben, arbeiten wollen. Die während des Krieges durch Kriegslieferungen künstlich aufrecht erhaltene Produktion ist jetzt völlig zusammengebrochen. Die Massenarbeitslosigkeit ist die unvermeidliche Folge hiervon, sowie der wirtschaftlichen Krise, die jetzt durch den Zusammen-

in Rohstoffen, die Abnutzung der Produktionsmittel und nicht zum letzten deshalb so groß ist, weil die Unternehmer den Wiederaufbau der Wirtschaft unter den gegebenen politischen Verhältnissen hemmen.

Diese Absicht der Unternehmer trat bereits kurz nach der Revolution hervor. Jetzt kommen von überall her Nachrichten über ihren systematisch gewordenen Widerstand. So verweisen wir auf die auch von dem Bergarbeiterführer Gue anerkannte Tatsache, daß die Unternehmer im rheinisch-westfälischen Bergbau in großem Umfang Feuerschichten eingelegt haben. Die Unternehmer wenden sich auch gegen das Stürzen der Kohle, das heißt: ihre Aufbewahrung dort, wo der Abtransport im Augenblick nicht erfolgen kann, weil dabei ihr Profit leidet. Auch verbieten sie übertriebene Berichte über Lohnforderungen, Streiks usw., um die Arbeiter in Mißkredit zu bringen. All dies hemmt die so nötige Erzeugung von Kohle mehr als die Streiks der Arbeiter.

Wenn in dem Aufruf der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den auch Herr Karl Legien unterzeichnet hat, behauptet wird, Deutschlands Wirtschaft gehe zugrunde, weil die Kohlenarbeiter die Arbeitsleistung ablehnen, so ist das, wie Gue darlegt, völlig unwahr. Im Januar habe die Höchstzahl der Streikenden 42000 betragen bei einer Gesamtbeschäftigung von 390 000, in allen anderen Monaten war die Zahl der Streikenden wesentlich geringer.

In Wirklichkeit herrscht Kohlenmangel, weil die gefährdeten Kohlen nicht abtransportiert werden. Am Ruhrkohlenrevier lagern weit über eine Million Tonnen Kohle und Koks. Dieser beängstigende Mangel an Transportmitteln ist aber nicht nur die Folge der Abgabe an die Alliierten, sondern auch die Folge der Tatsache, daß die Reparatur der Lokomotiven und Wagen wegen Mangel an Werkzeugen, Guß usw. nur ganz langsam vor sich geht und die Eisenbahnbehörde solche Aufträge zurückhält.

In einer Eingabe an die Regierung hat der Arbeiterrat in Düsseldorf darauf hingewiesen, daß eine große Anzahl Werke im Düsseldorfer Industriebezirk Staatsaufträge haben und doch Entlassungen von Arbeitern in großer Zahl vornehmen, ohne die Aufträge zu erledigen. Der Düsseldorfer Arbeiterrat forderte auch in mündlichen Besprechungen in Berlin, daß für die Arbeitslosen die Möglichkeit zur Arbeit geschaffen werde. Er machte besonders Vorschläge zur Beschleunigung der Wiederherstellung von Lokomotiven und Wagen, fand aber mit seinen Vorschlägen nirgends Gegenliebe. Die Folge davon ist, daß es gegenwärtig in Düsseldorf 50—60 000 Arbeitslose gibt, für die es keine Möglichkeit zur Beschäftigung gibt.

Ebenso wenig hat die Regierung die dringende Aufgabe, im Angriff genommen, die wir an dieser Stelle schon vor Monaten gefordert haben, daß Staatsaufträge auf Eisenbahnwagen und Lokomotiven, sowie sonstige Maschinen im größtem Umfange erteilt werden. Wir haben sogar die Tatsache zu verzeichnen, daß die Industrie Auslandsaufträge abgelehnt hat mit Rücksicht auf die angeblich zu hohen Löhne. Gegen diesen kurzschichtigen Standpunkt der Unternehmer hat die Regierung nichts unternommen, anstatt, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, durch Zuschüsse vom Reich die Beschäftigung von Arbeitslosen zu ermöglichen. Dieser Weg würde dem Reich sicherlich weniger Kosten auferlegen, als die Bezahlung der Unterhaltungen.

Wir haben immer betont, daß gegenwärtig die gezielte Erzeugung von Gütern eine dringende wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Jeder Arbeitslose zehrt von der Arbeit der Allgemeinheit. Aber um arbeiten zu können, müssen die Möglichkeiten dafür geschaffen werden. Nicht in der Entziehung der Lebensmittelfaktoren, noch in dem gewaltsamen Zwang zur Arbeit, der nicht der Eignung des Arbeiters Rechnung trägt, liegt das Heil, sondern in der durch Staat und Gemeinde organisierten Arbeitsmöglichkeit.

Furcht und Hoffnung.

Mit der Flucht nach Weimar glaubte die Regierung den Geist der Revolution ihren Verhandlungen fernhalten zu können. Aber schon der zweite Tag der Verhandlungen zeigte, daß wie eine Bleierne Schwere die Furcht vor den Ereignissen in den verschiedenen Gegenden des Reichs über der Nationalversammlung liegt. Neben den sachlichen Schwierigkeiten, denen die Verhandlungen in Weimar, als einer völlig abseits von dem Sitz der Regierung liegenden Stätte, ausgeführt sind, sind es die von allen Seiten heranströmenden politischen Ereignisse, die die ungetriebene Freude über den erreichten Zusammentritt der Nationalversammlung nicht aufkommen lassen.

Die Eröffnungsrede, die David, der mit vielen Schwierigkeiten endlich ausnominierte Präsident der Nationalversammlung, hielt, ist ein Gemisch von Furcht und Hoffnung. Mit schönen Worten suchte er der bürgerlichen Mehrheit klarzumachen, daß der Sozialismus wohl noch einen schrecklichen Klang habe, aber daß auch hier die Brücke gegenseitigen Verständens geschlagen werden müsse. Daß der Sozialismus keine Wurzeln nicht im Klassenkampf findet, sondern durch das gegenseitige Verstehen eine Förderung erfahre, ist das deutliche Zeichen der bereits vollendeten Preisgabe des wahren sozialistischen Gedankens durch die Rechtssozialisten. Aber noch ist David voller Hoffnung. Von Weimar soll die „Flamme“ ausgehen, die die „Herzen unseres Volkes erwärmt“.

Wir glauben nicht, daß diese Kennzeichnung der Nationalversammlung auch außerhalb Weimars viel Wärme spenden wird. Noch ist der weitere Verlauf der Nationalversammlung dunkel. Aber schon jetzt haben sich die Gemütszustände der Arbeiter einer gesetzgebenden Körperschaft entgegen, durch die Flucht nach Weimar so gehäuft, daß die Rückverlegung nach Berlin als eine Notwendigkeit empfunden wird. Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion hat bereits einen Antrag auf Rückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin gestellt. Noch sträubten sich die Herren, die diesen in aller Welt als lächerlich empfundenen Schritt vollzogen haben. Wie auch in ihrer sonstigen Politik, so wird auch in dieser Frage noch einige Zeit das Prestige den Schritt, den die Einsicht und die klare Erkenntnis abietet, verhindern. Aber er

wird getan werden müssen, so gewiß, wie die anderen Ereignisse die Nationalversammlung und die Regierung zwingen werden, den Weg zu gehen, den die Arbeitermassen ihnen vorschreiben.

Deutsche Nationalversammlung.

Zweite Sitzung vom Freitag, 7. Februar, nachm. 8 Uhr. Um 8 1/2 Uhr eröffnet der Alterspräsident

Abgeordneter Pfannkuch

die Sitzung.

Es gelangt zunächst eine große Anzahl von Begrüßungs-Telegrammen und Adressen zur Verlesung. Ein Telegramm erbittet als ersten Beschluß der Nationalversammlung die

Abhebung aller Arbeiter- und Soldatenräte

(Weisfall rechts, Pfuirufe links und Anrufe) zu beschließen und Generalfeldmarschall von Hindenburg zum provisorischen Präsidenten zu wählen. (Vereinzelter Weisfall rechts.) Schließlich empfiehlt ein Telegramm im Namen vieler Auslandsdeutschen, Walter Rathenau zum Präsidenten Deutschlands vorzuschlagen. (Große Heiterkeit.)

Sodann nimmt die Versammlung die

Präsidentenwahl

vor.

Alterspräsident Pfannkuch verkündet das Ergebnis. Von den abgegebenen 300 Stimmen haben erhalten Dr. David (Soz.) 374 (Weisfall), 29 Zettel waren unbeschrieben abgegeben. (Zurufe: Was die Unabhängigen!)

Abg. Dr. David nimmt die Wahl an und richtet an die Versammlung folgende Ansprache: Meine Damen und Herren! Zunächst glaube ich in Ihrer aller Sinn zu handeln, wenn ich unsern verehrten Alterspräsidenten unsern herzlichsten Dank für seine Tätigkeit ausspreche. (Weisfall.) Ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten bewiesen haben. Es ist ein schweres, verantwortungsvolles Amt. Ich will es gerecht und unparteiisch verwalten. (Weisfall.) Ich will mit besten Kräften bemüht sein, der schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, die Geschäfte dieses Hauses zu betreiben und zu fördern. Ich könnte es aber nicht wagen, das zu übernehmen, wenn ich nicht dabei auf Ihren guten Willen, auf Ihre kollegiale Mithilfe rechnen dürfte. Nur im Vertrauen auf diese Übernahme ist die Führung der Geschäfte.

Gewaltige Aufgaben hatten unser. An Stelle des früheren auf Vortreten einzelner und der staatsbürgerlichen Reorganisation einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller

Staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beruhende Demokratie

treten. (Lebh. Weisfall.) Demokratie, das war bis vor kurzem in Deutschland noch ein recht übel beleumundetes Wort. Es mag auch heute einen oder den anderen rüdwärts gerichteten Geist geben, den ein unbehagliches Gefühl beschleicht beim Klang dieses Wortes. Und doch ist Demokratie der Ausdruck des höchsten politischen Ideals. Das Volk als Ganzes wird hier, von jeder Bevormundung frei, Herr über sein eigenes Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung in allen Meinungs- und Interessengegenständen innerhalb des Ganzen. Nur das unerlöschliche Festhalten an diesem Grundsatz kann die Gefahren bewahren, die sonst uns drohen die aus den inneren Befähigungen und Kämpfern entspringen können. So legt die Demokratie, indem sie dem Volk das hohe Recht der Selbstbestimmung gibt, auch die hohe Pflicht der politischen Selbstdisziplin jedem einzelnen auf. (Sehr gut!) Auch in diesem Hause muß diese Pflicht, die Demokratie gelten;

dieses Haus soll eine Stelle des freien Wortes sein;

Der Präsident hat darüber zu wachen, daß dem so ist. Aber auch soll dieses Haus eine Stätte der freien Unterordnung sein des einzelnen unter dem Willen und das Wert der Gesamtheit. Lassen Sie uns alle befreit sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. (Weisfall.) Nicht Worte nur erwartet unser in Not und Qual seufzendes Volk von uns, sondern Taten. (Lebh. Zustimmung.)

Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaus sollen uns müssen wir die noch schwierigere Aufgabe des

wirtschaftlichen Wiederaufbaus

in Angriff nehmen. Auch hier soll Neues, Besseres an die Stelle des Alten gesetzt werden. Die Revolution ist nicht nur eine politische, sie ist auch eine wirtschaftliche und soziale Revolution. Es wäre verhängnisvoll, das zu verkennen. Ein neues höheres Gesellschaftsideal lebt in den Massen des werktätigen Volkes. Sozialismus! Auch dieses Wort hat für manche Leute heute noch einen schrecklichen Klang, auch hier muß die Brücke gegenseitigen Verständens geschlagen werden, damit wir zur fruchtbarsten Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiete kommen. Die Idee des Sozialismus ist die Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapitalgewinn und Arbeitslohn. Nur durch Lösung dieses Problems kann der dauernde Frieden im Innern unseres Volkes errichtet werden. (Weisfall.)

Demokratie und soziale Gerechtigkeit

vereint werden das deutsche Gemeinheitsgefühl der Idee zum deutschen Land und zum deutschen Volk mächtig stärken lassen. Zum deutschen Land und zum deutschen Volk gehört bis zur Stunde auch Elßaß-Lothringen (Weisfall). Zu unserm Bedauern müssen wir feststellen, daß dort die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung verhindert worden sind. Wir senden dem Elßaß-Lothringischen Volke unsern Gruß und werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung über seine nationale Zugehörigkeit gewahrt wird, wie es in den Wilsonschen Grundgedanken ausgesprochen ist (Lebh. Weisfall und Hände klatschen), und zu diesem deutschen Land und Volk gehört auch der deutsch-österreichische Bruderstamm (Weisfall und Hände klatschen). Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in nicht allzu fernem Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen (Stürmischer Weisfall und Hände klatschen). Die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. Die Nationalversammlung sei das weithin sichtbare

Zeichen eines neuen großen nationalen Willens,

des Willens zur rettenden Erneuerung im Innern und des Willens zur kraftvollen Weltendmachung der Lebensinhalte unseres Volkes nach außen (Weisfall). So möge denn von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit nationalen und persönlichen Lebens, um mit neuem Lebensmut und neuer Kraft aus dem finsternen Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer

lichteren und glücklicheren Zukunft (Lebh. Beifall und Hände klatschen).

Es folgt die Wahl von drei Vizepräsidenten mit gleichen Rechten.

Abg. Gröber (Ztr.) schlägt vor, alle drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang zu wählen und die Wahl durch Zufur vorzunehmen.

Abg. Haase (U. Soz.) widerspricht diesem Vorschlag, so daß die Wahl durch Zettelabgabe erfolgen muß.

Es werden zu Vizepräsidenten gewählt: Abg. Hehrenbach (Ztr.) mit 374 Stimmen, Hausmann (Dem.) mit 374 und Dietrich (Deutschlan.) mit 350 Stimmen. 25 Stimmzettel waren unglücklich.

Es folgt die Wahl von acht Schriftführern; die Wahl findet ebenfalls durch Zettelabgabe statt. Der Präsident liest das Haus um die Ermächtigung, das Ergebnis der Abstimmung durch die Schriftführer nach Schluß der Sitzung ermitteln zu lassen. Die Ermächtigung wird erteilt.

Nächste Sitzung Sonnabend 8 Uhr; Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Ein neuer Milliardenkredit.

Weimar, 7. Februar. Der Nationalversammlung ist eine Kreditvorlage über 20 Milliarden Mark zugegangen. Es sind darin die Forderungen für die Ausgaben enthalten, die seit der Revolution gemacht worden sind und die Forderungen für die nächste Zeit.

Die Lage an der Wasserlaute.

Die Division Serbenberg ist in Bremen daran, „Planmäßig“ die Ruhe und Ordnung herzustellen. Es finden Haus-suchungen nach Waffen und verächtigen Schriftstücken statt. Zahlreiche Verhaftungen werden vorgenommen. Die Weisse Garde des Herrn Kocke arbeitet in Bremen nach dem berühmten Berliner Muster. Die blutberauschten Truppen gehen äußerst brutal vor und es ist auch schon zu Gewalttätigkeiten gegen wehrlose Gefangene gekommen. Bremen wird noch eine Zeitlang unter dem Schreckenregiment der Weissen Garde stehen. Die Soldateska wird dort ihre Triumphe feiern, wie sie sie in Berlin gefeiert hat.

In der Aktiengesellschaft Weser wurde der Arbeiter-rat abgesetzt. Die Werksgebäude wurden mit Kanonen und Maschinengewehren umstellt. Unter solchen Umständen weigerten sich die Arbeiter, die Tätigkeit wieder aufzunehmen. Sie fordern den Abzug der Truppen. Die Arbeiterschaft der Hansewerke hat gleichfalls gegen die militärische Besetzung der Werksgebäude protestiert und will die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis die Truppen von dem Werk zurückgezogen sind. Die U. S. P. hatte für gestern mehrere Volksversammlungen angesetzt; diese sind verboten worden. Versammlungen sind nur im Einverständnis mit dem militärischen Oberbefehlshaber gestattet. Es sollen die weissen Garde den „Satz der Freiheit“ und die Wiedereinführung von „Ruhe und Ordnung“ auf.

In Kiel haben die Arbeiter auch noch am Freitag im Generalstreik perharri. Der A- und S-Rat, der Aktionsausschuß und das Exekutivkomitee haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, daß in Zukunft der Sicherheitsdienst nur noch von organisierten Arbeitern und Soldaten ausgeführt werden soll. Die Arbeiter des Blutbades vom 5. Februar sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Das gesamte Bürgerium, Offiziere und Bedienstete werden sofort entwaffnet. Besondere Untersuchungs-bureaus zur Schaffung einer neuen Volkswehr sollen gegründet werden. Auf Grund dieser Vereinbarungen soll die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen werden.

In Hamburg ist es im Laufe des gestrigen Nachmittags wieder zu einem Zwischenfall gekommen. Arbeiter und Soldaten versuchten in das Stadthaus einzudringen und sich Waffen und Munition anzueignen. Von der bürgerlichen Presse wird eine verkehrterweise Hege gegen den Genossen Lauffenberg inszeniert. Er soll der Führer der Spartakisten sein und sie zu Ausschüssen aufgefordert haben. Der A- und S-Rat stellt demgegenüber fest, daß Genosse Lauffenberg während seiner ganzen Wirksamkeit die Arbeiter immer wieder zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und sie niemals aufgefordert hat, sich gewalttätig gegen die Soldaten zu verhalten. Der Soldatenrat des U. S. P. hat sich nach Beilegung der Differenzen wieder hinter die Reichsregierung gestellt.

Ein Demokrat über Arbeiterräte.

Zu dem Artikel „Massenfest der Demokraten“ (siehe) und Herr Dr. Michaelis eine Entgegnung, in der er ausführt:

Bei meinem Vorschlag handelte es sich einzig und allein um die Frage, in welcher Weise der Groß-Berliner Arbeiterrat als Aktionsfähig gemacht werden könnte, und zwar auf dem ihm nach dem Uebergang der politischen Führung auf die Nationalversammlung allein freigebliebenen Gebiet der wirtschaftlichen Neuorganisation. Ich suchte nachzuweisen, daß sich die Arbeiterräte zu einem berufsständischen Parlament für Groß-Berlin umbilden müßten, daß aber eine Versammlung von 2000 Personen überhaupt nicht in der Lage sei, sachlich zu verhandeln. Deshalb schlug ich eine Neuorganisation der Arbeiter-räte vor, daß die Groß-Berliner Volkerversammlung aus höchstens 100 Arbeiterräten zusammengesetzt wird. Ueber die Zusammensetzung dieser Groß-Berliner Arbeiterräte machte ich dann den von Ihnen erwiderten Vorschlag.

Wie fern es mir liegt, die Arbeiterräte zu beselligen, geht schon daraus hervor, daß ich nach einem Wege für ihre bessere Organisation gesucht habe. Ich forderte zu diesem Zweck die Herbeiführung einer engeren Verbindung zwischen den Arbeiter-räten und den Arbeiterausschüssen in den einzelnen Betrieben. Auf diese Weise sollte die Durchführung der Beschlüsse und Entscheidungen des künftigen berufsständischen Groß-Berliner Parlaments erreicht werden. Das war der Kern meiner Reformgedanken. Von irgend einer Feindschaft gegen die Arbeiter-räte war dabei nicht im entferntesten die Rede. Im Gegenteil, ich habe gerade in den Kreisen der freien Berufe, die ich in erster Linie zu vertreten die Ehre habe, dafür gemittelt, daß auch die geistigen Arbeiter in die Arbeiter-räte hineingehen.

Er sagt weiter, daß er den Ausdruck „wir dürfen unsere Räte noch nicht fallen lassen“ nicht gebraucht habe.

In diesen Ausführungen des Herrn Michaelis ist eines bemerkenswert. Sie beweisen, daß sogar ein bürgerlicher Demokrat die Arbeiter-räte in weitgehendem Maße anerkennt — während der „Sozialist“ Scheidemann sie einfach ablehnt.

Politische Nachrichten.

Für die Kriegesgefangenen. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat einen Antrag eingebracht, in dem sie Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Hülfsgefangenen über den Abbruch des Waffenstillstandes hinaus erhebt.

Die Internationale Konferenz.

Bern, 6. Februar.

Die Nachmittags-Sitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz begann mit der Erörterung der Gebietsfragen.

Mitral (Frankreich) legte folgende Entschliessung vor: Wie der Sozialismus die Befreiung des einzelnen innerhalb der Gesellschaft in der Schaffung eines neuen Systems der Warenherstellung, das die Ausbeutung durch das Bürgertum aufhebt, erstreckt, so ist er überzeugt, daß die wirkliche Befreiung der Unterdrückten und Ausbeuteten von Völkern nur mit dem völligen Verschwinden der Klassenherrschaft möglich sein wird. Die wirkliche Befreiung der Völker muß ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus sein. Aber wie die politische Demokratie den Obrigkeitsstaat vernichtet und die Nation zwischen dem Volke und dem Staat weggeschafft hat, so bedeutet sie auch bei ihrer Anwendung auf das Verhältnis zwischen den Völkern die Befreiung der Nationen voneinander. Der Sieg der Demokratie in allen Ländern bedeutet daher einen riesigen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Verständigung der Völker. Er legt ihr die Pflicht in ihre eigene Hand. Die Konferenz steht in einer demokratischen Lösung der Nationalitätenfragen die beste Gewähr für einen dauernden und gerechten Frieden. Die Vereinigung von einander widerstrebenden Völkern zu einem Zwangsstaat ist immer die Ursache von internationalen Verwicklungen zwischen den Völkern und damit eine Gefahr für den Frieden gewesen und wird es immer sein. Die Nationalitätenfrage hat Bedeutung für alle Völker und kann nur durch Vereinbarungen zwischen ihnen, am besten im Rahmen eines Völkerbundes, gelöst werden. Den jetzt zugrunde liegenden Bestrebungen, Staatsgrenzen unter Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Mißverhältnisse feig zu setzen, stellt die Internationale Sozialistische Konferenz folgende Grundzüge gegenüber. Sie fordert:

1. Zweifellose Geltung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal und ihre Staatszugehörigkeit innerhalb der Vereinigung des Völkerbundes selbst zu bestimmen.
2. In unstrittigen Gebieten Entscheidungen über ihre Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Aufsicht des Völkerbundes, der in letzter Instanz entscheidet.
3. Das Recht der Nationen wird gesichert durch ein vom Völkerbund ausgearbeitetes und von ihm hinsichtlich seiner Anwendung verbürgtes Mindestmaß von Rechten.
4. Bei Neubildung von Staaten oder Neuangliederung an schon bestehende Staaten muß der Völkerbund darüber wachen, daß allen von der Neugebaltung betroffenen Völkern ihre wirtschaftlichen und Lebensinteressen an Handel und Verkehr gesichert werden.
5. Die Möglichkeit, auch in Zukunft Grenzänderungen auf Wunsch von Völkern oder Volksanteilen nach vorhergehender Volksabstimmung und Entscheidung des Völkerbundes vorzunehmen.
6. Schutz der Bevölkerung von abhängigen Gebieten, Kolonien und Schutzgebieten durch die Gesellschaft der Nationen, die dahin zu wirken hat, daß Einrichtungen getroffen werden, die deren eingeborene Bevölkerung möglichst rasch zur tatsächlichen Selbstbestimmung entwickeln durch Gründung von Schulen, Bewahrung zunächst örtlicher Selbstverwaltung, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und anderen politischen Rechten.

Die Konferenz widerspricht jedem Versuch, diese Grundzüge zu verflachen, und verwirft deshalb:

1. Das Recht des Siegers auf Beute und alle Münztributen, die ihm gebühren, für seinen Eintritt in den Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Völker zu suchen.
 2. Die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten.
 3. Gewalttätige oder verheerende Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher wirtschaftlicher Notwendigkeiten.
 4. Schaffung von vollen oder teilweise durch vorübergehende Besetzung freigelegten Gebieten mit Hoheitsrecht.
 5. Schaffung von Gebieten wirtschaftlichen Einflusses.
- Die Konferenz fordert die Proletarier aller Länder auf, mit allen Kräften auf ihre Regierungen Einfluß auszuüben, um ihre Grundzüge bei dem Abschluß des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dauernden zu gestalten.

Mitral bedauerte, daß die Entschliessung die schwebenden Gebietsfragen nicht voll berücksichtigt. Die größte Klüft zwischen Deutschland und Frankreich sei die elsass-lothringische Frage gewesen. Man müsse sich hüten, bei Abschluß des Krieges in ähnliche Fehler zu verfallen. Die wichtigste Forderung in dieser Hinsicht sei das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für das sich während des Krieges die Alliierten und Neutralen und die Sozialisten der Zentralmächte, die russische Republik und schließlich Wilson ausgesprochen hätten. Die Internationale müsse dementsprechend den Regierungen sagen, daß die Völker keiner Willkür ausgeliefert werden dürfen. (Beifall.)

Kemes (Tscheche) stellt fest, daß die Entschliessung gegen den Willen der Tschecho-Slowaken angenommen worden sei, die einen

Zusatzantrag eingebracht hätten, wonach die Konferenz die gewalttätige oder verheerende Annexion von Ländern verurteilt, die durch Gewalttaten und Mittel fremder Kapitalisten internationalisiert wären. Es handele sich hierbei nicht um internationales Recht, sondern um internationale Moral. Die von der Konferenz befürwortete Fassung über die gemischtjünglichen Bezirke bedeute für die Tschecho-Slowake Republik die Lebensunfähigkeit. Auf die Beschlüsse der Konferenz werde sie ohne Einfluß sein.

Der Böhmer Sozialdemokrat Ellenbogen weist überaus eindringlich, häufig von dem Beifall der Konferenz unterbrochen, die Besuche des tschechischen Redners zurück, als wollten die Deutsch-Oesterreicher die Konferenz einseitig zu ihren Gunsten ausnutzen. Die deutsche Sozialdemokratie wolle nichts anderes, als daß die Konferenz dem Selbstbestimmungsrecht zustimme und damit die Forderung erfülle, die sie seit 30 Jahren erhoben hätte. An Hand von zahlreichen Beispielen und Einzelfällen weist Ellenbogen nach, wie oft die tschecho-slowakischen Truppen die deutsche Arbeiterbevölkerung vergewaltigt hätten.

Der Vorsitzende verteilte sodann zwei Entschliessungen der deutschen Mehrheitsdelegierten.

Diejenige über die staatliche Zugehörigkeit lautet: Die deutsche Sozialdemokratie lehnt die Entschliessung über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit Elsass-Lothringens dem freien Entschluß seiner Bevölkerung zu, die bei Ausbruch des Krieges im Lande anständig war. Sie will die friedlichen Beziehungen zu dem französischen Volke zu dauernden gestalten.

Die Entschliessung über die Zurückweisung französischer imperialistischer Absichten auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheinufer lautet:

Die Absichten der französischen Imperialisten auf Abgliederung deutscher Volksanteile vom großen Körper der Gesamtnation, die so die Abtrennung des Saargebietes, der Pfalz und des linken Rheinufer zur Folge hätten, weisen die deutschen Sozialdemokraten mit aller Schärfe zurück. Jede Abtrennung dieser Gebiete vom Deutschen Reich, jede politische oder wirtschaftliche Durchbruch des Friedensvertrages erzwungene Sonderlösung wäre unannehmbar mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Sie würden seine Lebensinteressen verletzen und eine Atmosphäre des Hasses schaffen und damit den Keim zu neuen Kriegen legen und deshalb unvereinbar sein mit dem Rechtsfrieden und mit den Grundfäden des zu gründenden Völkerbundes.

Grumbach (Elsass) schloß in fast einhelliger Rede die Art der deutschen Herrschaft im Elsass, die die Bevölkerung der Bevölkerung von Deutschland abgewendet habe. Die deutschen Mehrheitssozialisten hätten bis zum letzten Augenblick das Selbstbestimmungsrecht für Elsass-Lothringen abgelehnt und sich nur infolge der Niederlage dazu begeben. Lediglich die Unabhängigen hätten den Mut gehabt, schon früher für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten. Sadeurum habe im Jahre 1917 in Straßburg versucht, den Landtag zu einer Erklärung zu bewegen, das Elsass solle deutsch bleiben, und diese Erklärung auch durchgesetzt, mit der die deutsche Regierung dann Mißbrauch getrieben habe. Grumbach fordert auch heute eine Volksabstimmung; er verlas eine Erklärung der elsass-lothringischen Arbeiterpartei und des elsassischen Gewerkschaftsbundes zur elsassischen Frage, die im wesentlichen folgendes besagt: Die elsassische Arbeiterpartei erklart in dem Anschluß des Elsass und Lothringens an Frankreich die seit langen Jahren heftig ersehnte Erfüllung ihrer Wünsche, in den französischen Staat zurückzuführen. Die elsassische Arbeiterpartei war immer dagegen, daß ein Elsass ein Krieg geführt werde. Die elsassische Arbeiterpartei will keine Autonomie, sondern zu Frankreich zurückkommen. Die nächsten Wahlen würden nur erdrückend den Reichthum den unumstößlichen Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringen, nach Frankreich zu gehören.

Brenning erklärte, er habe Grumbach absichtlich genügend Redezeit gewährt, weil das Thema Elsass-Lothringen genau so, wie die Frage der Schuld und der Verantwortlichkeit, die wichtigste Frage der Konferenz darstelle.

Protest der rumänischen Sozialisten.

Budapest, 7. Februar. (Korr.-Bureau.) Die rumänische sozialistische Fraktion hat an den Sozialistenkongress in Bern ein Begründungsgramm gerichtet und darin gegen die Greuelthaten der rumänischen Regierung protestiert. Es heißt darin: Wir protestieren gegen die rumänische Regierung, die die Freiheit des Denkens und Willens des rumänischen Volkes unterdrückt. In Rumänien wurden in den Straßen von Bukarest die Arbeiter zu Tausenden getötet, die Führer der Sozialisten ins Gefängnis geworfen und ihnen körperliche Strafe auferlegt. Wir verlangen vom Kongress Hilfe und Unterstützung zur Bildung einer unabhängigen sozialistischen Republik Siebenbürgen. Wartet, die wie die Schweiz in Kantone eingeteilt werden soll.

Konferenz der Arbeiterräte in den Kommunen.

Ein Bekenntnis zum Rätesystem.

Die Arbeiterräte in den Gemeinden Groß-Berlins und der Landkreise Teltow und Niederbarnim versammelten sich gestern, um über ihre weitere Tätigkeit zu beraten. Zuvor gab Calves den Bericht der Revisionskommission, die in der vorigen Versammlung gewählt wurde, um in Gemeinschaft mit Vertretern der Betriebsräte den Statustausch des Berliner Volksgenossenschaft zu prüfen. Die Kommission hob den Etat in Höhe von rund 11 000 M. wesentlich einstimmig angenommen. In einigen Fällen seien die Gehälter der Angestellten reduziert worden.

Richard Müller gab Kenntnis von einem Schreiben, worin der Berliner Magistrat es ablehnt, zur Kostendeckung beizutragen, ohne nicht nur der Vorarbeiten über die Verteilung der Kosten eine Verhandlung erzielt worden sei. Der Magistrat erbot sich, für niedrigere Lohnsätze als die vom Volksgenossenschaft bezahlten Personal zur Verfügung zu stellen. Außerdem könnte er nur für den Teil der Tätigkeit des Volksgenossenschaft einen Zuschuß leisten, der sich auf kommunales Gebiet erstreckt. Gen. Müller bemerkte dazu unter starkem Beifall der Versammlung, daß die Bemerkungen des Berliner Magistrats unwürdig seien. Der Volksgenossenschaft mache seine Tätigkeit vollständig nicht von der Entscheidung abhängig. Er werte unter allen Umständen im Interesse der Sache auf dem Boden bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte hierüber wird nach kurzer Dauer abgebrochen, um Stellung zu nehmen zu dem

Ablehnung der Richtlinien durch die Regierung.

Die Richtlinien für die kommunalen Arbeiterräte sind nach gründlicher Vorberatung von der Vollversammlung der A. und S.-Räte Groß-Berlins beschlossen worden. Der Volksgenossenschaft hat sie gemeinsam mit den Richtlinien für die Arbeiterräte in den Betrieben dem Räte der Volksbeauftragten überwiesen und ersucht, sie im Reichsanzeiger bzw. im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen, damit sie Rechtskraft erhalten. Am 30. Januar 1919 erteilte die Reichsregierung folgende Antwort:

Mit Schreiben vom 10. Januar (B. V. Nr. 238 a und 239a) überlieferten Sie uns Richtlinien für die Aufgaben und

das Tätigkeitsgebiet der kommunalen Arbeiterräte und Richtlinien für die Arbeiterräte Groß-Berlins mit dem Ersuchen, diese Richtlinien im Reichsanzeiger bzw. Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen. Wir haben die Richtlinien zunächst dem Zentralrat vorgelegt. Dieser teilte uns mit, daß er seine Zustimmung zu den beiden Vorlagen nicht geben kann. Er begründet dies bezüglich der Richtlinien für die Arbeiterräte Groß-Berlins damit, daß die zukünftige rechtliche Stellung der Arbeiterräte noch nicht festliege, und daß es die Aufgabe der Nationalversammlung sein dürfte, die Form zu finden, in welcher die Arbeiterräte auch in Zukunft die besonderen Interessen der wachsenden Bevölkerung vertreten könnten.

Bezüglich der Richtlinien für die kommunalen Arbeiterräte weist der Zentralrat darauf hin, daß durch die dringliche Verordnung, betreffend die Wahl der Gemeindevertretungen, vom 24. Januar 1919, die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung völlig geändert werden, und daß insbesondere die Arbeiterräte einen gewaltig vergrößerten Einfluß in den Kommunen erhält. Das dürfte, da auch die Städte- und Landgemeindevorstände eine völlige Umgestaltung erfahren werden, auch den kommunalen Verwaltungsapparat grundlegend beeinflussen. Es erscheint daher nicht zweckmäßig, eine so eingehende und zum Teil weitgehende Beteiligung der Besorgnisse und Aufgaben wie sie dort vorgeschlagen ist, zur Zeit vorzunehmen.

Wir können uns dieser Entscheidung nur anschließen und sind daher nicht in der Lage, dem vorliegenden Wunsch auf Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt oder Reichsanzeiger nachzukommen. Wir stellen Ihnen, neue Vorschläge zur Regelung der Verhältnisse der Arbeiterräte zu den Arbeitgebern zu machen. Gen. Ebert.

In der Diskussion über den Beschluß der Regierung traten drei Anschauungen zutage. Die aus dem Boden der sozialdemokratischen Partei lebenden Arbeiterräte, die in einer Vorrede sich verständig hatten, vertraten die Ansicht, daß die Funktionen der A. und S.-Räte auf die sozialdemokratischen Fraktionen der neuen Gemeindevertretungen übergehen würden. Die kommunalen Arbeiterräte seien daher nach den Wahlen der Gemeindevertretungen überflüssig. Andere Redner nahmen den Standpunkt ein, daß in den Gemeinden, in denen die unbedingte Sicherheit einer entschiedenen sozialistischen Verwaltung gegeben sei, die Abhängigkeit der kommunalen Arbeiterräte erfolgen könne. In den Gemeinden dagegen, wo keine sozialistische Regie-

beit vorhanden sei, müsse der Arbeiterrat bestehen bleiben. Die dritte Meinung ging dahin, die Einrichtung der A. und S.-Räte zu veranlassen und zu erhalten, bis die Befreiung eine wahrhafte sozialistische sei. Solange die alten Beamten in Gemeinde, Polizei, Kreis usw. noch nicht vom sozialistischen Geist durchdrungen seien, dürften die Arbeiterräte nicht aufgehoben werden. Diese letzte Auffassung siegte mit übermächtiger Mehrheit durch Annahme einer entsprechenden Resolution.

Die Konferenz beschloß ferner mit derselben Mehrheit, die Richtlinien erneut dem Volksgenossenschaft zur Weiterarbeit an die Regierung zu überweisen mit der Begründung, daß die Konferenz von diesen Richtlinien nicht abgehe.

Die Frage der Ausarbeitung der Mittel für den Volksgenossenschaft, wozu eine frühere Versammlung sich prinzipiell bereit erklärt hatte, wurde der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

Gewerkschaftliches.

Streik der Kaufhausangestellten in Leipzig.

Freitag früh lud die Angehörigen der Leipziger Waren- und Kaufhäuser sowie der Detailgeschäfte wegen Gehalts- und Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Fast alle größeren Geschäfte sind deshalb geschlossen.

Amtswechsel in der Berliner Metallarbeiter-Organisation.

Wie die „Politisch. Parl. Nachr.“ erfahren haben wollen, verlassen ab 1. April die beiden Berliner Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes Adolf Cohen und Wilhelm Siering, zwei bekannte mehrheitssozialistische Gewerkschaftsführer, ihren Posten. Cohen wird Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft in der Metallindustrie, Siering Leiter des Arbeitsnachweises. Berliner Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes dürfte Richard Müller vom Berliner Volksgenossenschaft werden.

Drohender Elektrizitätsstreik in London.

London, 6. Februar. (Reuter.) Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter hielt heute Nachmittag in London eine Versammlung ab und beschloß endgültig heute Nacht zu streiken. Hierauf erklärte der Sekretär der Charingcross Wessend und City Elektrizitätsgesellschaft, daß seine Organisation alle Vorbereitungen für einen solchen Fall getroffen habe und gewährleistet, daß das Westend von London heute Nacht mit elektrischem Licht versorgt wäre.

London, 6. Februar. (Reuter.) Es wird mitgeteilt, daß der drohende Streik der Elektrizitätsarbeiter um 24 Stunden verzögert worden ist.

Groß-Berlin.

Forderungen der Arbeitslosen.

Freitag nachmittag fanden in den verschiedenen Stadtteilen sechs Arbeitlosenversammlungen statt. Der Besuch war außerordentlich hoch. In sämtlichen Versammlungen wurde zunächst von Mitgliedern des Arbeitslosenrats Bericht über ihre bisherige Arbeit im Interesse ihrer Mitdaneber erstattet. Vor allem wurde schärfster Protest dagegen erhoben, daß die Arbeitslosen gemeinlich als Arbeitslose bezeichnet werden. Alle Bemühungen, für das große Heer der Arbeitslosen geeignete Beschäftigung zu finden, sind ergebnislos verlaufen. Es liegen genügend Angebote vor, daß die Unternehmer absichtlich die Produktion daniederliegen lassen.

Nach diesem Bericht behandelte Arbeiterrat Koch die Stellung der Arbeiterräte und protestierte unter lebhaftem Beifall der Versammlung gegen die Abwägung dieser revolutionären Situation. Nach längerer Debatte kamen mehrere Resolutionen einstimmig zur Annahme. Darin wird 1. gegen den Reichsmord an Liebknecht und Rosa Luxemburg und den andern unzulässigen Opfern protestiert und der Regierung die Schuld zugeschrieben; 2. die Abschaffung der Frauenarbeit verlangt; 3. Maßnahmen gegen Schleichhandel und Lebensmittelverderb gefordert; 4. vor dem Abbau der Unterhaltungsstätte die Herabsetzung der Lebensmittelpreise gefordert, und schließlich 5. die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen verlangt.

Die Zahl der Gewerkschaften nimmt in allen Gemeinden von Groß-Berlin ständig zu. Lavinienartig wächst die Zahl. Es ist ersichtlich, wie täglich die Anträge wachsen und die Arbeitsnachweise bestimmt werden. Der städtische Arbeitsnachweis Berlin hat wegen des Massenandranges 100 neue Arbeitsvermittler anstellen müssen, die sämtlich ununterbrochen zu tun haben.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 9. Februar, vormittags 11 Uhr, in der Klosterstraße, Klosterstr. 73a, Vortrag des Herrn A. Dietrich: „Trennung von Kirche und Staat“. — Gäste willkommen.

Aus den Organisationen.

Achtung! Niederbarnim, Teltow-Beestow, Potsdam-Osthavelland.

Die am Sonntag stattfindende Verbands-Generalversammlung gilt nur für die 6 Berliner Kreise. Die Landkreise nehmen an dieser Generalversammlung nicht teil, da nur die Aufstellung der Kandidaten für die Berliner Stadtverordnetenwahlen auf der Tagesordnung steht. Die bereits versandten Delegiertenkarten haben für die drei Landkreise keine Gültigkeit. Der Zentralvorstand.

Dritter Kreis. Die Funktionäre treffen sich heute abend 7 Uhr bei Kluge, Mitterstr. 32. — Sonntag vormittags Handzettelverteilung. Diese sind von den Abteilungsleitern am Sonnabend von Baum, Stahlschreiberstr. 47, abzuholen.

Vierter Kreis. Im Interzentrall dieses Blattes findet sich die Vorschlagsliste für die Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. Ueber diese ist heute abend von 5 bis 7 Uhr in den bekannten Zahlendirektoren abzukommen. Jedes Mitglied ist stimmberechtigt.

Friedrichshof. Sonntag, den 9. Februar, vorm. 8 Uhr: Handzettelverteilung im Lokal Subbrint, Berliner Str. 98. — Montag, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Saale von Kube, Prinzenallee 30. Referent: Genosse Rosemann. Thema: „Die Aufgaben der U. S. V. in den Gemeindevertretungen.“

Bernau. Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 1 Uhr, Volksversammlung bei Salzmann, Restaurant Bellevue.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reußstr. — Verlag „Die Freiheit“ M. u. S. G., Berlin. — Druck der Lindenbruders- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffsbauerdamm 13.

